



**GRÜNE Schweiz**

Miro Poffa  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

miro.poffa@gruene.ch  
031 326 66 12

Eidgenössisches Department für Umwelt,  
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK  
Bundeshaus Nord  
3003 Bern

*Per Mail an: [polg@bafu.admin.ch](mailto:polg@bafu.admin.ch)*

Bern, 12. April 2026

**Verordnungspaket Umwelt Herbst 2026; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns zu den erwähnten Verordnungsanpassungen wie folgt.

**Änderung der PIC-Verordnung (ChemPICV)**

Die GRÜNEN Schweiz unterstützen die vorgeschlagenen Änderungen. Die Aufnahme der zusätzlichen Substanzen in den Anhang der Verordnung ist richtig, die Gefährdung der Umwelt und der menschlichen Gesundheit durch die Stoffe ist unbestritten. Zusätzlich fordern wir die zusätzliche Aufnahme von Bromadiolon, da diese hochgiftige Substanz in der Schweiz als Pflanzenschutzmittel verboten ist und in der EU bereits in der PIC-Verordnung gelistet ist.

Wir merken zu dem kritisch an, dass die vorliegende Aktualisierung überfällig ist. Seit der letzten Revision von 2019 konnten so ohne Zustimmung der Empfängerländer gefährliche Stoffe exportiert werden. Die GRÜNEN fordern deshalb eine regelmässige, mindestens zweijährliche Aktualisierung des Anhangs, um ein effektives Kontrollsystem zu gewährleisten.

## **Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) – Anhang Pflanzenschutzmittel**

Die GRÜNEN lehnen die vorgeschlagene Änderung ab. Eine Eindämmung von Quarantäneorganismen wie der Asiatischen Hornisse oder des Japankäfers mittels Pflanzenschutzmittel in sensiblen Gebieten ist angesichts der bereits weiten Verbreitung unrealistisch und nicht zielführend.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in diesen Lebensräumen würde zu massiven negativen Auswirkungen auf die Biodiversität, das Trinkwasser und unsere Nahrungsgrundlagen führen. Dies steht im Widerspruch zu geltendem Gewässer-, Wald- und Biotopschutz. Der Schutz gefährdeter Arten und wertvoller Lebensräume darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Zusätzlich zeigen Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern die Ineffizienz von Insektiziden im Einsatz gegen Quarantäneorganismen wie die Asiatische Hornisse.

Die GRÜNEN fordern stattdessen, auf alternative, nicht-chemische Bekämpfungsmethoden wie gezieltes Monitoring und mechanische Massnahmen (bspw. Netzerstörung bei der Asiatischen Hornisse oder Bodenbearbeitung beim Japankäfer) zu setzen.

## **Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) – Dünger**

Die GRÜNEN lehnen die vorgeschlagenen Änderungen ab, die das Ausbringen von Kalk im Wald ermöglichen würde. Die primäre Ursache der Waldbodenversauerung sind zu hohe Stickstoffemissionen aus Verkehr und Landwirtschaft. Eine nachhaltige Lösung erfordert eine Reduktion dieser Emissionen an der Quelle, wobei das Vorsorgeprinzip zu beachten ist.

Wir weisen auf negative Erfahrungen aus dem Ausland (bspw. Deutschland) hin, wo die Kalkung von Waldböden zu unzureichenden Resultaten führt. Die Kalkung führte da zu oft unzureichenden Ergebnissen, die Eutrophierung wurde verstärkt und die Nitratkonzentrationen im Grundwasser erhöhten sich.

## **Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) – Industriechemikalien**

Die GRÜNEN begrüßen den Nachvollzug der EU-Regulierung und die Umsetzung der Beschlüsse des Stockholmer Übereinkommens grundsätzlich. Die Vorlage ist im Bereich PFAS aber klar zu wenig ambitioniert – insbesondere aufgrund der Belastung von Mensch und Umwelt durch diese Stoffe und der hohen Kosten, die PFAS-Kontaminationen bereits heute verursachen.

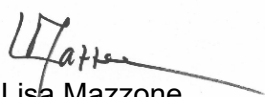
Die Übergangsfristen für PFAS in Schaumlöschmitteln sind deutlich zu lange. Kürzere Fristen sind gerechtfertigt: PFAS-freie Alternativen sind bereits heute verfügbar, viele Akteure haben bereits freiwillig umgestellt. Angesichts der extrem hohen Kosten für die Sanierung PFAS-belasteter Standorte fordern wir deutlich kürzere Übergangsfristen und einen konsequenten Ausstieg aus PFAS in allen Anwendungen.

## Gewässerschutzverordnung (GSchV) – Umsetzung 22.3702 Mo. Jauslin

Die GRÜNEN befürworten die Stossrichtung der Änderungen, die thermische Nutzung des Untergrunds zu fördern. Geothermie ist ein wichtiger Baustein für die Energiewende und damit den Klimaschutz. Dieser Ausbau darf aber keinesfalls zulasten des Grundwasserschutzes und der Trinkwasserversorgung gehen. Entsprechend wichtig ist, dass die Vorlage mit konkreten Bestimmungen zum Schutz potenzieller Trinkwasservorkommen sowie zum Schutz der Grundwasserfauna gestärkt wird. Die Berichterstattungspflicht bei Trockenheit erachten die GRÜNEN als zentral und unterstützen das Vorhaben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone  
Präsidentin



Miro Poffa  
Fachsekretär Umwelt, Energie und Verkehr